Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5577**

17. Wahlperiode 13. 04. 2011

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Thilo Hoppe, Ute Koczy, Uwe Kekeritz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/5284 –**

Kohletagebau in Bangladesch

Vorbemerkung der Fragesteller

Bangladesch befindet sich in einer ernsten Energiekrise. Zunehmende Versorgungsengpässe, die in den Großstädten mehrfach täglich zu Stromausfällen führen, haben Auswirkungen auf die wirtschaftliche Produktivität des Landes. Aus diesem Grund unterstützt Deutschland im Rahmen seiner bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Bangladesch bei der Reform des Energiesektors. Hier spielen erneuerbare Energieformen wie Solarenergie und Biogas eine wichtige Rolle.

Seit 1997 prüft die Regierung Bangladeschs aber auch in der Region Phulbari Kohle im Tagebau zu fördern. Aufgrund ihrer hohen Qualität wären jedoch 80 Prozent der geförderten Kohle für den Export bestimmt und hätten keine direkten Auswirkungen auf die Energiekrise im Land. Bis dato hat die Regierung Bangladeschs noch keine endgültige Entscheidung gefällt. Ein Grund dafür sind die massiven Proteste in der Bevölkerung, die um ihre Existenzgrundlage und Ernährungssicherung fürchtet. Durch den für die Kohleförderung notwendigen Flächenbedarf von 60 km^2 müssten laut eines von der Regierung Bangladeschs eingesetzten Expertenkomitees 130 000 Menschen umgesiedelt werden. Bis zu 220 000 Menschen aus 150 Dörfern wären durch die massive Absenkung des Grundwasserspiegels betroffen. Brunnen würden versiegen, die Trinkwasserversorgung wäre nicht mehr gewährleistet, die Landwirtschaft würde geschädigt und dadurch die Ernährungssicherheit gefährdet.

Im Rahmen der deutschen bilateralen wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Bangladesch wird in Erwägung gezogen, die bangladeschische Regierung bei Anfrage mit Blick auf die Sozial- und Umweltverträglichkeit des Kohletagebaus zu beraten. In den Jahren 2009 und 2010 haben bangladeschische Politiker den Braunkohletagebau der RWE Vertrieb AG in Nordrhein-Westfalen besichtigt und dabei besonderes Interesse an den Maßnahmen in den Bereichen Umsiedlung und abschließender Renaturierung der Abbauflächen gezeigt. Die Reisekosten der bangladeschischen Politiker wurden zum Teil mit Mitteln aus dem Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit (TZ) „Sustainable Energy for Development“ bezahlt.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 12. April 2011 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Nach ihrer Rückkehr nach Bangladesch wurde die deutsche Vorgehensweise als Blaupause für Bangladesch mit dem fragwürdigen Argument beworben, dass geologische und demografische Bedingungen vergleichbar seien.

Im April und Juni 2010 veröffentlichten Mitarbeiter des deutschen Energieunternehmens RWE Vertrieb AG Artikel in bangladeschischen Nachrichtenmagazinen, in denen sie die technische Machbarkeit des Tagebaus in Phulbari bescheinigten.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Primärenergieversorgung Bangladeschs stützt sich zu 48 Prozent auf Erdgas, zu 33 Prozent auf Biomasse und andere erneuerbare Energieträger, zu 16 Prozent auf importiertes Erdöl und zu 1 Prozent auf Kohle. Die Stromversorgung stützt sich derzeit nahezu ausschließlich (fast 90 Prozent) auf Erdgas, dessen Ressourcen in Bangladesch jedoch absehbar zurückgehen werden. Rund 25 Prozent des aktuellen Strombedarfs können nicht bedient werden, so dass Potentiale der wirtschaftlichen Entwicklung, fortschreitenden Industrialisierung und Armutsbekämpfung nicht realisiert werden können.

Wichtiges Ziel der bangladeschischen Regierung ist es daher, mit einer Reihe von Maßnahmen die Defizite in der Energieversorgung zu beseitigen. Dazu gehören unter anderem die kurzfristige Nutzung von Diesel- und Schwerölkraftwerken, die Sperrung der Gasnutzung für industrielle Zwecke (zum Beispiel Ziegelbrennereien), die Einfuhr von (im Vergleich zu Erdgas sehr teurem) Flüssiggas und Kohle, die Einfuhr von Strom aus Indien, die Förderung erneuerbarer Energieträger wie Biogas und inzwischen fast eine Million installierter häuslicher Solaranlagen, die Förderung der Energieeffizienz hinsichtlich neuer Techniken wie Energiesparlampen sowie die Änderung von Verbrauchsgewohnheiten. Langfristig soll neben erneuerbare Energien, Verstromung von Gas und Kohle und der Stromeinfuhr auch die Nutzung von Kernenergie treten. Ein Vertrag zur Unterstützung eines Reaktorbaus wurde im Februar 2011 mit der russischen Rosatom geschlossen.

Bangladesch verfügt über weitgehend ungenutzte, qualitativ hochwertige Kohlereserven, welche die Gasreserven deutlich übertreffen. Ein Entwurf einer Kohlepolitik wurde 2005 veröffentlicht und seitdem mehrmals überarbeitet, jedoch bislang nicht verabschiedet. Die aktuelle Entwurfsfassung zielt ausdrücklich auf die heimische Verstromung von Kohle, nicht mehr auf ihren Export. Derzeit wird in einer einzigen Mine Kohle abgebaut und in zwei Kraftwerken verstromt. Die britische Asia Energy plc (jetzt GCM Resources plc) hat 2005 einen Projektentwurf für eine Mine in Phulbari vorgelegt. Die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Folgen eines Abbaus werden intensiv in Bangladesch diskutiert. Eine Genehmigung für den Abbau wurde bisher nicht erteilt.

1. Was ist der aktuelle Stand hinsichtlich eines deutschen Engagements beim Kohletagebau in Bangladesch, z. B. in Form einer TZ-Beratungstätigkeit mit Blick auf die Umwelt- und Sozialverträglichkeit?

Die Bundesregierung engagiert sich derzeit in keiner Form am Kohletagebau in Bangladesch.

Der bangladeschische Energieminister und der bangladeschische Umweltminister unternahmen 2009 im Anschluss an Reisen in Europa Studienreisen nach Deutschland. Diese im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit (TZ) unterstützten Besuche dienten dem Zweck, der bangladeschischen Regierung die ökologischen und sozialen Herausforderungen eines Kohletagebaus vor Augen zu führen, damit diese bei einer möglichen Entscheidung über einen

Kohleabbau berücksichtigt werden können. Der Energieminister besichtigte bei seinem Besuch auch Projekte zur Nutzung erneuerbarer Energien.

In diesem Zusammenhang gegebene Hinweise auf die Expertise der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) auf dem Gebiet der Kohlegewinnung und damit verbundene soziale und ökologische Fragen wurden von der bangladeschischen Regierung nicht aufgegriffen.

2. Welche Informationen liegen der Bundesregierung über Größe und Umfang der Kohlevorkommen in der Region Phulbari vor?

Bei durch die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) und die japanische Entwicklungsagentur JICA begleiteten Untersuchungen wurden Kohlevorkommen in sechs Feldern in der Region Phulbari festgestellt. Die Angaben über die dort lagernden Reserven bewegen sich zwischen 2,5 und 3,3 Milliarden Tonnen hochwertiger Kohle in verschiedenen Tiefen, was umgerechnet der sechsfachen Restmenge an Erdgas entsprechen soll. Die geschätzten Kohlereserven könnten den Strombedarf Bangladeschs für etwa 30 Jahre decken.

3. Wie schätzt die Bundesregierung die Auswirkungen eines möglichen Kohletagebaus unter sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Gesichtspunkten ein?

Die sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Auswirkungen eines möglichen Kohletagebaus hängen ganz maßgeblich von seiner Ausgestaltung ab. Bezogen auf Bangladesch liegen der Bundesregierung dazu keine eigenen Erkenntnisse vor.

4. Wie kann die Bundesregierung eine wie auch immer geartete Beteiligung am Kohletagebau in Bangladesch vor dem Hintergrund legitimieren, dass sich die Asiatische Entwicklungsbank aufgrund von Verstößen gegen eigene Richtlinien bereits aus der Finanzierung zurückgezogen hat und dass eine erzwungene Umsiedelung von indigenen Völkern gegen Artikel 10 der UN-Erklärung zu den Rechten indigener Völker verstößt?

Die Bundesregierung ist in keiner Form am Kohletagebau in Bangladesch beteiligt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat die bangladeschische Regierung noch keine Entscheidung zum Kohleabbau in Phulbari getroffen.

Sollte sich die bangladeschische Regierung für einen solchen Abbau entscheiden und die Bundesregierung um Unterstützung bitten, wird diese bei ihrer Entscheidung über eine Förderung unter anderem prüfen, ob der geplante Abbau aus ihrer Sicht rohstoffwirtschaftlich und entwicklungspolitisch nachhaltig, energiepolitisch sinnvoll, klimapolitisch und unter dem Aspekt der Ernährungssicherung tragbar sowie sozial- und umweltverträglich gestaltbar ist (siehe hierzu u. a. das „Entwicklungspolitische Strategiepapier Extraktive Rohstoffe“ sowie für die energetische Nutzung der Kohle das Sektorkonzept „Nachhaltige Energie für Entwicklung“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – BMZ).

Die Bundesregierung wird zudem prüfen, ob der geplante Abbau Menschenrechte, insbesondere die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen als auch allgemeine Landrechte, und Transparenzprinzipien – wie sie beispielsweise in der Rohstofftransparenz-Initiative (Extractive Industries Transparency Initiative – EITI) niedergelegt sind – beachtet.

Alle Vorhaben der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit werden einer Umwelt- und Klimaprüfung unterzogen.

5. Hält es die Bundesregierung angesichts der Defizite im Regierungs- und Verwaltungssystem Bangladeschs für realistisch, dass ein System etabliert wird, das den Zugang zu Kompensationsleistungen für die betroffenen 220 000 Menschen gewährleistet?

Grundsätzlich dürfte eine mögliche Entschädigung für die von einem Kohletagebau betroffenen Bürger vorrangig im Verantwortungsbereich des Betreibers liegen. Der bangladeschischen Regierung würden Regulierungs- und Kontrollaufgaben zufallen. Sollte die bangladeschische Regierung in diesem Zusammenhang die Bundesregierung um Unterstützung bitten, würden wiederum die unter Frage 4 genannten Grundsätze berücksichtigt.

6. Wie kann die Bundesregierung eine wie auch immer geartete Beteiligung am Kohletagebau in Bangladesch vor dem Hintergrund verantworten, dass eine Vernichtung von landwirtschaftlich nutzbarem und von Überschwemmungen wenig betroffenem Land zu Engpässen bei der Nahrungsmittelversorgung führen und die Ernährungssicherheit für extrem arme Bevölkerungsgruppen verschärfen würde?

Siehe Antwort zu Frage 4.

7. Wie kann die Bundesregierung eine wie auch immer geartete Beteiligung am Kohletagebau in Bangladesch vor dem Hintergrund verantworten, dass in Anbetracht klimatischer Veränderungen, Versalzung und Erosion aber auch durch eine zunehmende Urbanisierung bereits heute jährlich 800 km^2 landwirtschaftlich nutzbares Land (1 Prozent der Gesamtfläche an landwirtschaftlich nutzbarem Land) verschwinden und zwei Millionen metrische Tonnen an Nährstoffen abgetragen werden und dass die Vernichtung von mindestens 60 km^2 Land für den Tagebau den Zugang zu fruchtbarem Land vor allem für extrem arme Bevölkerungsgruppen weiter verschärfen würde?

Siehe Antwort zu Frage 4.

8. Wie kann die Bundesregierung eine wie auch immer geartete Beteiligung am Kohletagebau in Bangladesch vor dem Hintergrund verantworten, dass sich die deutsche bilaterale Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen ihrer Schwerpunktsetzung auf die Förderung „Erneuerbarer Energien“ und „Maßnahmen zur Mitigation des Klimawandels“ konzentriert und sich im Rahmen der UN-Millenniumserklärung und der daraus abgeleiteten Millenniumsentwicklungsziele verpflichtet hat, den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, zu halbieren?

Siehe Antwort zu Frage 4.

9. In welchem Kooperationsverhältnis stand und steht die Bundesregierung im Rahmen eines möglichen Engagements beim Kohletagebau in Bangladesch zu dem deutschen Energieunternehmen RWE Vertrieb AG?

Die Bundesregierung stand und steht in keinem Kooperationsverhältnis mit RWE im Rahmen eines möglichen Engagements beim Kohletagebau in Bangladesch.

10. Welche Rolle spielte die Einhaltung der Menschenrechte sowie von Sozial-und Umweltstandards im Falle eines Kohleabbaus in Bangladesch bislang im Austausch der Bundesregierung mit der RWE Vertrieb AG sowie mit den bangladeschischen Partnern und Partnerinnen?

Im Dialog mit der bangladeschischen Seite hat die Bundesregierung auf die Herausforderungen und Nachteile eines Kohletagebaus unter anderem in Form von Umsiedlungen, Grundwasserabsenkungen oder Emissionen hingewiesen. Sie hat zudem thematisiert, dass ein Einstieg in die Kohleverstromung aus deutscher Sicht klimapolitisch in die falsche Richtung weisen würde.

Die Bundesregierung führte mit RWE keine Gespräche zur Kohlenutzung in Bangladesch. Sie wurde allerdings seit 2009 regelmäßig von bangladeschischen Regierungsvertretern um Unterstützung auf dem Gebiet der Kohleverstromung beim Abbau von Kohlevorkommen durch deutsche Unternehmen gebeten, zuletzt im Februar 2011. Die Bundesregierung hat dabei stets an die einschlägigen Unternehmen der Energiewirtschaft verwiesen und die deutschen Erfahrungen hinsichtlich der Bedeutung eines rechtlichen Rahmens sowie der Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards im Bereich des Kohletagebaus unterstrichen.

Nach den Leitlinien der OECD sind deutsche Unternehmen bei Investitionen im Ausland gehalten, Umwelt-, Sozial-, und Menschenrechtsstandards zu beachten.

11. Welche Rolle spielten die Vorgaben der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) im Falle eines Kohleabbaus in Bangladesch bislang im Austausch der Bundesregierung mit RWE Vertrieb AG sowie mit den bangladeschischen Partnern und Partnerinnen?

Die Bundesregierung hat mit RWE keine Gespräche zur Kohlenutzung in Bangladesch geführt.

Nach Angaben des bangladeschischen Energieministeriums (Ministry of Power, Energy and Mineral Resources) ist eine Befassung mit der EITI seitens der bangladeschischen Regierung noch nicht erfolgt, da bisher keine nationale Kohlepolitik verabschiedet wurde. Im Falle eines Kohleabbaus in Bangladesch wird die Bundesregierung prüfen, wie eine Teilnahme von Bangladesch an EITI unterstützt werden kann.

12. Gab es eine Kooperationsvereinbarung der Bundesregierung mit der RWE Vertrieb AG im Rahmen des Besuchs von bangladeschischen Politikern nach Nordrhein-Westfalen?

Nein. Während des Besuchs von bangladeschischen Ministern im Braunkohletagebaugebiet übernahm RWE die Besuchsführung und einen technischen Vortrag zu den Themen Umsiedlung, Umweltauswirkungen, Wassermanagement, und Rekultivierung.

13. Warum wurden die Reisekosten der bangladeschischen Politiker zum Besuch des Kohletagbaus in Deutschland aus dem TZ-Vorhaben zur Förderung „Erneuerbarer Energien“ bezahlt?

Zum Aufgabenbereich des TZ-Vorhabens „Programm erneuerbare Energie und Energieeffizienz“/„Sustainable Energy for Development“ gehört auch fachliche Beratung des Energieministeriums, unter anderem zur Erarbeitung von Energiepolitiken, Energiestrategien und energiebezogenen Gesetzestexten. Das Pro-

gramm bietet in diesem Rahmen Beratung hinsichtlich der Entwicklung und effizienten Nutzung nationaler Energieressourcen, wozu erneuerbare Energieträger ebenso gehören wie Kohle, sowie hinsichtlich der effizienten Nutzung von sekundären Energieformen in Industrien und Haushalten.

Im Hinblick auf eine Entscheidungsvorbereitung zur energiepolitisch sehr relevanten Frage der Nutzung heimischer Kohleressourcen haben das Energieministerium und das Umweltministerium Informationen über Erfahrungen mit Kohletagebau in Deutschland erbeten. Im Rahmen der TZ-Beratungsaufgaben wurde es für entwicklungspolitisch sinnvoll angesehen, sowohl dem Staatsminister für Energie als auch dem Staatsminister für Umwelt solche Erfahrungen im Rahmen eines Besuches in Deutschland zu vermitteln.

14. Inwiefern hält die Bundesregierung die Förderung aus diesem Vorhaben für angemessen?

Siehe Antwort zu Frage 13.

15. Was sind die längerfristigen Perspektiven für den Schwerpunkt Energie in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Bangladesch?

Entscheidungen über eine zukünftige Ausgestaltung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit Bangladesch im Schwerpunkt Energie trifft die Bundesregierung im Dialog mit der bangladeschischen Regierung und im Einklang mit den entwicklungspolitischen Strategien des BMZ. In Ländergesprächen tauscht sie sich im Vorfeld dazu auch mit anderen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit, beispielsweise aus der Zivilgesellschaft, aus. Die nächsten deutsch-bangladeschischen Regierungsverhandlungen werden turnusgemäß im Frühjahr 2012 stattfinden.

Aus Sicht der Bundesregierung besteht kein Anlass für grundsätzliche Änderungen in der Zusammenarbeit im Energiebereich, die sich auf die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien und auf die Verbesserung der Energieeffizienz fokussiert. Handlungsfelder sind derzeit die Verbreitung kleiner Solar- (Solar Home Systems) und Biogasanlagen, die Verbreitung effizienter Techniken bei Kochherden und bei der energetischen Nutzung von Reisschalen in Reismühlen, die Reduktion von Verlusten im Stromnetz, die Erhöhung der Effizienz von Kraftwerken und die Beratung der Regierung im Energiesektor, beispielsweise zu einem Energiespargesetz.

16. Inwiefern plant die Bundesregierung als Teil ihrer klimapolitischen Verantwortung zur Reduktion von CO_2-Emissionen verstärkt den Austausch von zivilgesellschaftlichen Akteurinnen/Akteuren und Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftlern aus Bangladesch mit Energieexpertinnen/Energieexperten aus Deutschland und Europa zu fördern und die Regierung Bangladeschs bei der Entwicklung von Leitlinien für eine umweltschonende und nachhaltige Energieversorgung zu beraten?

    Wenn nein, warum nicht?

Das laufende TZ-Vorhaben „Programm erneuerbare Energie und Energieeffizienz“ unterstützt Informations- und Fortbildungsmaßnahmen bezüglich des Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (Clean Development Mechanism – CDM) sowie die Vorbereitung von CDM-fähigen Maßnahmen wie die Einführung von Energiesparlampen, die Verbreitung von verbesserten Herden und von Solarleuchten.

Das Vorhaben hat für das Energieministerium eine „Roadmap for Energy Efficiency Improvement and Demand Side Management“ erarbeitet; die Empfehlungen dieser Leitlinien werden umgesetzt. Des Weiteren berät das Vorhaben das Energieministerium bei der Einrichtung einer „Sustainable Energy Development Authority“, welche die Identifizierung, Vorbereitung und Umsetzung von nationalen Maßnahmen zur effizienten Energienutzung und zur Förderung des nachhaltigen Einsatzes von erneuerbaren Energien zur Aufgabe haben wird.

Das Vorhaben hat zudem das Energieministerium bei der Vorbereitung einer Energiespargesetzgebung beraten und arbeitet derzeit an einer Novellierung des Politikdokuments für erneuerbare Energie.

Unterstützt durch das Vorhaben nehmen bangladeschische Fachleute, auch aus der Zivilgesellschaft, an nationalen und internationalen Tagungen und Konferenzen zu den Themen Einsatz erneuerbarer Energien, effiziente Nutzung von Energieressourcen und Energieeffizienzsteigerung teil.

Seit Anfang 2011 führt die GIZ im Auftrag der Bundesregierung ein regionales Vorhaben „Capacity Building für Energieeffizienz in den SAARC-Ländern“ (South Asian Association for Regional Cooperation – SAARC) durch, das darauf abzielt, Akteure aus Zivilgesellschaft und staatlichen Institutionen unter anderem auch mit Energieexpertinnen und -experten aus Europa, Deutschland oder anderen SAARC-Mitgliedsländern (Förderung der Süd-Süd-Kooperation) zu vernetzen. Das geschieht einerseits durch Fachstudienreisen in die Zielländer, andererseits durch den Aufbau eines internetgestützten Wissensportals zur Energieeffizienz. Der thematische Schwerpunkt liegt in den Bereichen Energieeffizienz in der Industrie und Energieeffizienz in Gebäuden.

In Deutschland bieten eine Vielzahl von Instituten Aus- und Weiterbildung in speziellen Qualifikationsrichtungen an. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) finanziert insbesondere ein Postgraduiertenprogramm an der Technischen Universität Dresden, das von BMU, UNEP und UNESCO für Fach- und Führungskräfte aus Schwellen- und Entwicklungsländern zu einer Vielzahl von Umweltthemen durchgeführt wird. An diesen Kursen nehmen auch Stipendiaten aus Bangladesch teil.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333